N i e d e r s c h r i f t
UAJ/019/2014

über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses "Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine am 17.02.2014

Die heutige Sitzung des Unterausschusses "Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:05 Uhr im Sitzungsraum 101 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzende

Mitglieder:

Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Tim Köhler	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Johannes Lammers	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Sara Neto Alves		Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Frau Bärbel Tiekötter		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Vertreter:

Frau Marlies Holtel	FDP	Vertretung für Herrn Dennis Afting-Bühmann

Gäste:

Herr Hans-Georg Hüske	Stadtjugendring

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Fachbereichsleiter FB 2
Herr Wolfgang Neumann	Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Dennis Afting-Bühmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses am 27. Januar 2014

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift werden keine Bedenken erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung

Berichterstattung durch Herrn Gausmann:

- Der Antrag des Stadtjugendringes mit dem Ziel, den Grundbetrag der Förderung der Ferienfreizeiten nach den „Richtlinien zur Förderung der freien Träger der Jugendarbeit“ anzuheben, werde zu den Haushaltsplanungen 2015 zur Beratung aufbereitet.

- Die Anhörung im Landtag NRW zur Problematik der Ü3 / U3 Regelungen, zu der Herr Linke als Experte eingeladen war, habe sehr unterschiedliche Bewertungen der Kommunen gezeigt: Während Städte wie Rheine auf die hier zu erwartenden negativen Folgen hinwiesen, sähen viele andere Kommunen keinerlei Problematik in den geltenden Regelungen. Herr Gausmann gehe daher davon aus, dass keine Novellierung des Gesetzes kommen werde.

- Der Vergleich der am 4.7.2013 von der Verwaltung im JHA vorgelegten Zahlen zum Bedarf an Kita-Plätzen mit dem Stand 1.1.2014 zeige für das Kindergartenjahr ab 2015 für den Stadtteil rechts der Ems einen Mehrbedarf von 39 Plätzen für Ü-3-Kinder. Die Verwaltung werde daher in der ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode eine überarbeitete Planung vorlegen. Die Entwicklung bedeute insbesondere, dass rechts der Ems bereits ein Jahr früher, als bisher geplant, eine neue Einrichtung geschaffen werden müsse. Für das kommende Kindergartenjahr sei daher ein Lösungsvorschlag für die Erweiterung des Antonius-Kindergartens durch ein mobiles Raumsystem für einen Zeitraum von 5 Jahren erforderlich. Die mögliche Überbelegung mit 13 Plätzen reiche nicht mehr aus.
  Diese Lösungsmöglichkeit sei im Vorfeld bereits mit dem Träger und dem Bistum Münster besprochen worden.

  Herr Lammers bezeichnet diese Entwicklung für Stadt Rheine im Hinblick auf die Kinderzahl als sehr positiv, auch wenn dies die Kommune vor schwierige Aufgaben stelle. Er bittet die Verwaltung, die neuen Informationen den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.
  Herr Gausmann wird dazu im JHA am 6. März ausführliche schriftliche Informationen vorlegen.
  Auch Herr Dörnhoff begrüßt die positive Entwicklung der Kinderzahlen. Er fragt in diesem Zusammenhang nach einer möglichen Erklärung für den Zuwachs, der offensichtlich ja nicht auf Wanderungsbewegungen zurück zu führen sei.
  Herr Gausmann zeigt für diesen Stadtteil auf, dass im Umfeld der Einrichtung viele Menschen mit Migrationshintergrund und oft auch mit sozialen Defiziten leben würden. Für viele von ihnen sei eine Planung ein Jahr im Voraus schlicht eine Überforderung. Zudem gebe es auch Zuzüge von Familien mit Kindern nach Rheine.

  Eine weitere Herausforderung ergebe sich aus dem Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2025, das zusätzlich 4.200 neue Wohneinheiten vorsehe. Rechnerisch entstünde daraus ein Mehrbedarf von 500 zusätzlichen Kita-Plätzen.

  Herr Dörnhoff weist noch auf einen anderen Aspekt der aktuellen Kita-Situation hin: Die seit Jahren nicht angepasste Kostenpauschale, die ein zunehmendes Risiko für die Träger bedeute. Er verweist hierzu auf eine Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände.

3. Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan Fortsetzung der Detailberatung

Herr Neumann gibt zu jedem Text der Querschnittsaufgaben und Themenfelder eine kurze Einführung. Die einzelnen Themen werden wie folgt beraten:

- **Migration und interkulturelle Bildung**

  Hier stünden zwei wesentliche Aspekte für die Laufzeit des Förderplanes auf der Agenda: Die Vermittlung interkultureller Kompetenz auf Seiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit, sowie die Projektarbeit mit Kindern und Jugendlichen zu interkulturellen Themen.

Der vorgeschlagene Text kann im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

- **Kooperation von Jugendarbeit und Schule**

  Nachdem die Ganztagsbetreuung in den Schulen, die bisher stets als Anforderung der Schule auch an die Jugendarbeit formuliert wurde, durch professionelle Organisationen wie den Jugend- und Familiendienst sichergestellt sei, werde es künftig verstärkt um die Auswirkungen der Schule auf die Jugendarbeit gehen.
  Zu dem im Text genannten Vorschlag, die Juleica-Ausbildung im Rahmen der Projektangebote in den Schulen anzubieten, zeigt Herr Gausmann auf, dass es bereits Angebote zum Beispiel im Bereich der Ersten Hilfe gebe. Der Vorschlag sollte geprüft werden, da die Schulen im Sekundarbereich Interesse an praxisorientierten Projekten hätten.
  Herr Hüske berichtet, dass es an verschiedenen Schulen bereits Sporthelferausbildungen gebe. Zu bedenken sei, dass die Juleica erst ab 16 Jahren gelte.
  Herr Lammers hält es für sinnvoll, künftig eine Verknüpfung von Schule und Jugendarbeit auch im Ausschusssystem zu installieren, da beide Bereiche bisher auf dieser Ebene kaum kooperierten.
  Herr Gausmann berichtet, dass die Verwaltung in Kürze Vorschläge für die künftige Ausschussarbeit vorlegen werde. Er halte eher für zielführend, Arbeitsgruppen zu bilden, da die Rahmenbedingungen der formalen Ausschüsse das Rederecht einschränkten.

  Der vorgeschlagene Text kann im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

- **Förderung der Ehrenamtlichkeit**

  Herr Neumann bezeichnet die Tendenz, dass auf Ehrenamtliche in der Kinder- und Jugendarbeit immer mehr Aufgaben zukämen, bei gleichzeitig rückläufigem Zeitbudget als wichtigste Herausforderung.
  Herr Lammers hält diese Entwicklung, immer mehr Verantwortung beispielsweise durch Themen wie Kinderschutz und Inklusion einfach per Gesetz auf ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verlagern, für problematisch.
  Herr Hüske berichtet aus seiner Erfahrung, dass die Notwendigkeit, diese Themen in die eigene Arbeit einzubeziehen, inzwischen von den meisten Organisationen akzeptiert sei. Auch würden die neuen Themen bereits regelmäßig in die Ausbildung der Ehrenamtlichen aufgenommen.
  Herr Gausmann ergänzt, dass eine weitere Anforderung an die ehrenamtliche Jugendarbeit die zunehmende Individualisierung in der Gesellschaft sei, die Betreuerinnen und Betreuer vor die schwierige Aufgabe stelle, Verhaltensregeln, die früher als allgemein gültig akzeptiert waren, zu vermitteln.
  Herr Timpe zeigt auf, dass auch die Ansprüche der Eltern größer geworden seien. Sie seien viel häufiger bereit, Konfliktsituationen nicht im Dialog zu lösen, sondern die eigenen Interessen auch mit rechtlichen Mitteln durchzusetzen.

Der vorgeschlagene Text kann im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

- **Geschlechtsspezifische Aspekte**

  Herr Neumann führt an, dass es zu dieser Querschnittsaufgabe keine neue Entwicklung gebe. Wie im Themenfeld „Geschlechtsspezifische Jugendarbeit“ beschrieben, sei hier eher eine Stagnation in der praktischen Arbeit festzustellen.
  Der vorgeschlagene Text kann im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

- **Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

  Zur praktischen Umsetzung dieser Querschnittsaufgabe wird auf die Ausführungen im Themenfeld „Außerschulische Jugendbildung“ verwiesen.

  Der vorgeschlagene Text kann im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

- **Inklusion**

  Herr Gausmann zeigt auf, dass in der Vorlage bewusst der erweiterte Inklusionsansatz gewählt wurde, der sich weitergehend auf alle Formen von Teilhabeeinschränkungen bezieht und nicht auf den Behinderungsbegriff der UN-Behindertenrechtskonvention beschränkt.

  In der folgenden Diskussion wird vorgeschlagen, die nicht eindeutige Formulierung „Soviel Inklusion wie möglich, aber auch so viel adressatenspezifische Angebote wie nötig. 100 % Inklusion wird es nicht geben.“ nicht in den Plan aufzunehmen.
  Im folgenden Text sollen die noch vorhandenen Formulierungen mit dem Terminus „Behinderte“ geändert werden. Auch fehle ein Hinweis darauf, dass gerade die Kinder- und Jugendarbeit schon immer dieser Thematik gegenüber offen gewesen sei.
  Mit diesen Änderungen kann der vorgeschlagene Text in den Förderplan übernommen werden.

- **Kinderschutz in der Kinder- und Jugendarbeit**

  Herr Neumann beschreibt die nächsten Schritte zur Umsetzung des Kinderschutzes nach der Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss über die Einsichtnahme der Jugendverbände und –organisationen in die erweiterten polizeilichen Führungszeugnisse auch der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Es gehe jetzt darum, die Vereinbarungen nach § 72a mit den Trägern vorzubereiten, den Unterstützungsbedarf zu klären und professionelle Ansprechpartner in konkreten Problemsituationen zu benennen.
  Herr Timpe berichtet aus der Klausurtagung des Stadtjugendringes, dass die Unterstützung der Vereine bei der Umsetzung des Kinderschutzes in diesem Jahr als ein Schwerpunkt der Arbeit der Organisation vereinbart wurde.

  Der vorgeschlagene Text kann im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

- **Bildung von Netzwerken**

  Herr Neumann , dass sich durch die neuen elektronischen Medien auf der Ebene zwischen Jugendlichen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine neue Kommunikationsstruktur ergeben habe, die auch in Jugendarbeit zunehmend unverzichtbar sei.

  Der vorgeschlagene Text kann im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

- **Jugendverbandsarbeit**

  Herr Neumann nennt die bereits in anderen Kontexten genannte Unterstützung der Ehrenamtlichen als zentrale Aufgabe für die Laufzeit des Förderplanes.
  Zum Thema „Anerkennungskultur“ ergänzt Herr Neumann, dass auch die Wirtschaft mit ihrer oftmals restriktiven Einstellung gegenüber dem Wunsch vieler Ehrenamtlicher, für Ferienfreizeiten Sonderurlaub zu erhalten, zum Umdenken motiviert werden sollte. Es wird vorgeschlagen, diese Forderung in den Text aufzunehmen.

  Ansonsten kann der vorgeschlagene Text im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

- **Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit**

  Herr Gausmann hält die Formulierung unter dem Punkt „Rahmenbedingungen“: „Die personellen Ressourcen im Arbeitsfeld „Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz und Partizipation“ des Jugendamtes und beim Stadtjugendring können den Umstrukturierungsprozess **aktiv** begleiten und fachliche Unterstützung leisten.“ für nicht mehr angemessen. Er halte es für korrekt, den Begriff „begrenzt“ zu verwenden.
  Für Herrn Hüske ergibt sich daraus auch ein Auftrag an politische Mandatsträger und Gremien, um künftig in angemessenem Umfang auf die dargestellten Entwicklungen reagieren zu können.

  Mit dieser Änderung kann der vorgeschlagene Text im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

- **Kinder- und Jugenderholung**

  Herr Neumann verweist auf die zum 01.01.2014 beschlossene Änderung der Richtlinien, die im Einvernehmen mit den Trägern der Freizeiten entwickelt wurde als wesentliche Veränderung.

  Der vorgeschlagene Text kann im Wortlaut in den Förderplan übernommen werden.

Abschließend erklärt Herr Gausmann, dass der kommende Förderplan Inhalte der Kinder- und Jugendarbeit mit den in den Themenfeldern jeweils formulierten Rubriken „Aufgaben für die Laufzeit des Förderplanes“ und „Evaluation“ wieder stärker in die politische Fachdiskussion einbringen solle.

Herr Dörnhoff dankt der Verwaltung und den Beratungen beteiligten Experten für ihre intensive Vorreitung.

4. Einwohnerfragestunde

keine Einwohnerfragen

5. Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Ende der Sitzung: ***18:40 Uhr***

Gabriele Leskow Ausschussvorsitzende	Wolfgang Neumann Schriftführer